



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

Sitzungstermin:	Montag, 14.09.2020
Sitzungsbeginn:	18:02 Uhr
Sitzungsende:	20:51 Uhr
Raum, Ort:	Technologiezentrum Vorpommern, Raum: Max Planck, Brandteichstraße 20, 17489 Greifswald

Einwohner*innen sind wie immer herzlich willkommen. Die Einhaltung des Mindestabstandsgebots von 1,5 m begrenzt die Anzahl der Personen in der Räumlichkeit. Eigenes dokumentenechtes Schreibzeug ist zu nutzen und eine Mund-Nasen-Bedeckung ist beim Betreten und beim Bewegen im Sitzungsraum zu tragen. Alle Anwesenden beachten bitte die zum Zeitpunkt der Sitzung geltende Rechtsverordnung.

Anwesend

Vorsitzende/r
David Wulff

Mitglied
Walter Noack

Anke Nordt

Vertretung für: Jan Evers bis 20:10 Uhr

Johannes Barsch

Bettina Bruns

Yvonne Görs

Sandro Hersel

Heiko Jaap

Dr. Andreas Kerath

Gamal Khalil

Sven Krauel

Vertretung für: Gesine Krauel bis 19:55
Uhr

ab 18:09 Uhr

Alexander Krüger

Robert Gabel

Vertretung für: Marvin Medau

Birgit Socher

Gerd-Martin Rappen

Protokollant/in
Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Jan Evers	entschuldigt
Gesine Krauel	entschuldigt
Marvin Medau	entschuldigt

Verwaltung:

Angela Baas
Winfried Kremer
Jan-Peter Manske
Diana Schleer
Katrin Teetz

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.08.2020
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 8.1 Neufassung der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-V/07/0265
 - 8.2 Sanierung Theater Greifswald - Weiteres Verfahren der Sanierung (Konzept Teilneubau, neuer Kostenrahmen) BV-V/07/0244-01
neue Version vom 10.09.2020
 - 8.3 Änderung des Beschlusses zum Verkauf von Wohnbauflächen im B-Plan Nr. 13 - Am Elisenpark BV-V/07/0271
 - 8.4 Preisnachlässe für Familien im B-Plan 13 BV-P/07/0185
CDU-Fraktion

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 8.5 | Pilotprojekt WVG mbH: Schaffung von Unterstellplätzen für Lastenräder, Fahrradanhänger und E-Scooter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | BV-P/07/0194 |
| 8.6 | Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems (Fortsetzung) | IV/07/0024-01 |
| 8.7 | Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von Wohnbauflächen – Umverlagerung und Neubau Bauhof
neue Version vom 11.09.2020 | BV-V/07/0274-01 |
| 8.8 | Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für die Ausschreibung von Planungsleistungen zum Schulzentrum Ellernholzteich | BV-V/07/0275 |
| 8.9 | Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in Greifswald
CDU-Fraktion | BV-P-ö/07/0002 |
| 8.10 | Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken
SPD-Fraktion | BV-P-ö/07/0003 |
| 9 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses | |
| 10 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung | |
| 3 | Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.08.2020 | |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen des/r Vorsitzenden | |
| 6 | Beschlusskontrolle | |
| 7 | Beratung der Beschlussvorlagen | |
| 7.1 | Befristete Niederschlagung von Forderungen aus Gewerbesteuer, Zinsen und Säumniszuschlägen | BV-V/07/0211 |

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 7.2 | Unbefristete Niederschlagung von Forderungen aus
Gewerbsteuer und Zinsen nach Abschluss des
Insolvenzverfahrens | BV-V/07/0250 |
| 8 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses | |
| 9 | Ende der Sitzung | |

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wulff eröffnet um 18:02 Uhr die Sitzung mit 14 anwesenden Ausschussmitgliedern.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es sollen weitere fünf Vorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden:

1) „Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems (Fortsetzung)“ – Informationsvorlage

Es wird kritisiert, dass das Fachamt nicht anwesend ist.
Wird unter TOP 8.6 eingeordnet.

2) „Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von Wohnbauflächen – Umverlagerung und Neubau Bau-Hof“
Wird unter TOP 8.7 eingeordnet.

3) „Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für die Ausschreibung von Planungsleistungen zum Schulzentrum Ellernholzteich“
Wird unter TOP 8.8 eingeordnet.

4) „Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in Greifswald“
Wird unter TOP 8.9 eingeordnet.

5) „Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken“
Wird unter TOP 8.10 eingeordnet.

Die Dringlichkeit der Vorlagen ergibt sich aus der anstehenden Haushaltsplanung für die Jahre 2021/22.

Über die Aufnahme der Vorlagen auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.08.2020

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	0

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

5 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Baas informiert über den Stand

- der Nachtragssatzung 2020:

Das Innenministerium hatte Nachfragen, die zwischenzeitlich beantwortet wurden. Es wird mit einer Genehmigung bis Ende September gerechnet.

- zum Haushalt 2020:

Per Gesetzentwurf (Beschluss im Herbst) sollen durch die Corona-Pandemie Ausgleichs zu Mindereinzahlungen der Gewerbesteuer gezahlt werden. Gleichzeitig wird der Ausfall der Gewerbesteuer auf die zukünftigen Schlüsselzuweisungen und auf die Kreisumlage ab 2022 angerechnet. Der zu erwartende Ausgleich wird demzufolge für eine Bildung einer Finanzausgleichsrücklage verwendet.

- zur Haushaltsplanung 2021/2022:

Sie gestaltet sich sehr schwierig, das zusammengestellte Zahlungswerk ist nicht planungsreif, daher kann noch kein Entwurf vorgelegt werden. Auch wird auf den Orientierungsdatenerlass des Innenministeriums gewartet. Wenn der Entwurf steht, wird er unabhängig von der Beratungsfolge den Mitgliedern des Ausschusses übersandt. Eventuell muss eine Sondersitzung im Dezember durchgeführt werden. Eine Beschlussfassung wird weiterhin für Dezember angestrebt.

Herr Manske berichtet zu den derzeit im Bau befindlichen Hochbauvorhaben der UHGW (Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei).

Anlage 1 Berichtswesen Bauvorhaben öffentlich

6 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr Wulff appelliert an die Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen: Abstand wahren; bei Bewegung im Raum und überall dort, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann, muss ein Mund-Nasen-Schutz verwendet werden; die vorgesehene Sitzordnung darf nicht verändert werden; die Anwesenheit muss uhrzeitgenau protokolliert werden (bei vorzeitigem Verlassen bitte bei der Protokollantin abmelden und die Uhrzeit protokollieren).

Für die Sitzung am 09.11.2020 gibt es räumliche Probleme. Es wird zur Wahl gestellt, am 09.11. die Ausschusssitzung wieder im TZV durchzuführen, oder die Sitzung auf den 10.11. zu verlegen und diese dann im St. Spiritus abzuhalten. Es wird entschieden, dass die Sitzung planmäßig am 09.11.2020 im TZV stattfindet.

Herr Wulff kündigt für Oktober eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse

- für Bildung und Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft,
- für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung und
- für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

zum Thema „Greif“ an. Voraussichtlich wird die Sitzung am 14.10.2020 in der Stadthalle stattfinden.

7 Beschlusskontrolle

keine

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Neufassung der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0265

Der Einbringer der Vorlage ist nicht anwesend.

Herr Rappen möchte wissen, ob unbedingt ein Passfoto notwendig ist (es müsste sonst jedes Jahr ein Passfoto beigebracht werden) und ob ein längerer Zeitraum, zum Beispiel 2 Jahre, gefasst werden könnte.

Herr Krüger ergänzt, dass die Verwaltungsmitarbeiter durch dieses Prozedere einen erhöhten Mehraufwand hätten.

Frau Baas wird diese Fragen mit in die Verwaltung nehmen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

**8.2 Sanierung Theater Greifswald - Weiteres
Verfahren der Sanierung (Konzept Teilneubau,
neuer Kostenrahmen)**

**BV-V/07/0244-
01**

Herr Kremer bringt die Vorlage ein. Der derzeitige Kostenrahmen von 45 – 50 Mio. EUR basiert auf der Leistungsphase 2 der Planung. Die konkrete Detailplanung schließt sich an, wodurch sich dann der Kostenrahmen nochmals verändern könnte (z. B. gibt es noch keine technische Lösung für die Rabitzdecke). Auch steht der Anbau weiterhin zur Disposition (nach Abriss Neubau – dadurch Einsparungen von ca. 1 Mio. EUR). Nach einer Telefonkonferenz mit der zuständigen Staatssekretärin hat das Land analog wie in Rostock und Schwerin eine 50%ige Förderung in Aussicht gestellt. Herr Kremer stellt klar, dass trotz dieser Förderung ein gewaltiger Eigenbetrag für die UHGW stehen bleibt. Das Gebäude kann in dem jetzigen Zustand nicht mehr lange betrieben werden (schlechter Bauzustand, statische Probleme). Man muss sich der Problematik jetzt stellen und eine Lösung finden, um spätestens 2022 mit der Sanierung zu beginnen.

Für Fragen stehen der designierte Intendant, Herr Dörnen, und der Technische Direktor, Herr Schaaf, zur Verfügung.

Frau Socher möchte wissen, ob es eine Interimslösung für den wegfallenden Anbau gibt und wie es sich mit den Parkflächen verhält.

Herr Kremer erklärt, dass eine Interimslösung in jedem Fall benötigt wird. Für Verwaltungsmitarbeiter wird in Erwägung gezogen, Räume anzumieten. Die Frage zu den Parkflächen kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden, da die Außenanlagenplanung noch nicht so weit fortgeschritten ist. Genauere Details hierzu werden nachgeliefert.

Frau Görs kritisiert die stattgefundenene Informationsveranstaltung ohne vorherige Informationsunterlagen. So war es nicht möglich, gezielt Fragen zu stellen. Bezüglich der Kantinenversorgung wird nachgefragt, ob seitens des Immobilienverwaltungsamtes auch Umzugspläne für die Mitarbeiter der Kantine getroffen werden. Des Weiteren bemängelt Frau Görs, dass es kein Ausweichquartier für die Theaterbespielung für die Bauphase geben soll und die Open-Air-Bühne für eine Betrachtung nicht in Erwägung gezogen wird. Auch sollte die Möglichkeit eines Busshuttles zwischen Greifswald und Stralsund untersucht werden. Ebenfalls beanstandet Frau Görs, dass die Theaterwerkstätten nicht in eine Planung einbezogen wurden.

Herr Kremer informiert, dass die Kantine in den Umzugsplänen keine Berücksichtigung finden wird. Bezüglich Ersatzstandorte wurden viele Varianten untersucht, aber aus Kostengründen (keine war unter 4 Mio. EUR) verworfen wurden.

Herr Dörnen sieht es auch kritisch, 3 Jahre kein Theater in Greifswald spielen zu können. Es wird weiterhin nach einer Ausweichspielstätte gesucht (Halle oder Zelte auf Langzeit, die dementsprechend dann gedämmt werden), die weit unter 4 Mio. EUR liegen. Einen Busshuttle vorzuhalten, wird u. a. aus Zeitgründen (man wäre von 18:00 Uhr bis 24:00 Uhr unterwegs) sehr kritisch gesehen. Auch hätte dies für Stralsund negative Folgen, weil dort dann für Stralsunder weniger

Theaterkarten zur Verfügung stehen würden. Es wird an einer finanziell umsetzbaren Lösung gesucht.

Herr Noack appelliert an die Ausschussmitglieder, sich jetzt auf das Bauvorhaben zu konzentrieren, nur dann hat das Theater eine Zukunft. Eine Interimslösung für eine Ausweichspielstätte sollte so einfach, wie möglich, sein. Herr Noack bittet Herrn Kremer um eine enge Begleitung, enge Kostenbegleitung und regelmäßige Informationen.

Eine Theaterentwöhnung kommt auch für Herrn Krüger nicht in Betracht, der Ansatz einer Zeltlösung wird für richtig erachtet. Herr Krüger regt an, ein Outsourcing der Verwaltung nicht nur für die Bauphase, sondern auch für den Regelbetrieb zu untersuchen, um somit Platz für Fundus und Technik zu schaffen. Des Weiteren wird hinterfragt, ob die jetzige Kantinenbetriebsweise noch zeitgemäß ist; eine grundsätzliche Versorgung wird befürwortet, aber nicht mehr in dieser Art. Hierzu möchte Frau Bruns auch wissen, warum die Kantine nicht öffentlich zugänglich ist. Des Weiteren werden noch Erläuterungen zum Konzept der Barrierefreiheit benötigt.

Herr Kremer erläutert, dass derzeit alle Verwaltungsmitarbeiter des Theaters auch im Theater untergebracht sind, auch die, die für Stralsund Leistungen erbringen. Bisher gab es keine Raumprobleme. Bei einem Neubau könnte man Überlegungen bzgl. Outsourcing anstellen, aber dann wären laufende Mietkosten abzudecken. Was man in Erwägung ziehen könnte, wäre, die gemeinsamen Leistungen für Greifswald und Stralsund zu splitten. Die „Kantinenversorgung“ resultiert aus einem Beschluss aus dem Jahr 2013. Die Aufgabenstellung einer Vollküche (ca. 200.000 EUR) kommt vom Theater. Eine Barrierefreiheit ist in einem Neubau des Anbaus gut umsetzbar. Ein Zugang über den Haupteingang ist barrierefrei derzeit auch aus Gründen des Denkmalschutzes nicht gewährleistet. Herr Manske ergänzt, dass man zwar in engem Kontakt mit der Denkmalpflege steht, aber es bislang auch keine Forderung seitens des Theaters dazu gab. Die bisherige Verfahrensweise wurde weiterhin als praktikabel angesehen. Man wird sich aber dieser Thematik noch einmal annehmen. Es wurde kein Mehrbedarf für Rollstuhlfahrer im Theaterraum seitens des Theaters gefordert.

Zur Barrierefreiheit ergänzt Herr Schaaf, dass für schwerhörige Besucher Induktionsschleifen geplant sind. Die Anzahl der Rollstühle ist gesetzlich geregelt (1 % der Zuschauer müsste ein Rollstuhlplatz zugewiesen werden können), dies wären für das Greifswalder Theater 4. Die Stühle im Theatersaal sind leicht ein- und ausbaubar, sodass es ggf. kein Problem darstellt, Erweiterungen zu schaffen. Auch dürfen Rollstuhlfahrer ohne Begleitpersonen aufgrund der vorhandenen Brandschutzordnung (dort ist geregelt, dass das Einlasspersonal im Gefahrenfall den Rollstuhlfahrer zu unterstützen hat) eine Theaterveranstaltung besuchen. Die Möglichkeit, dass Rollstuhlfahrer in den Kassenbereich fahren können, sollte mit den örtlichen Behörden besprochen werden. Herr Krüger bittet zu der gesamten Thematik um Einbeziehung der AG „Barrierefreiheit“.

Herr Dr. Kerath hält die Forderung nach einer sofortigen Planung für eine Interimsspielstätte und deren Kostenabdeckung für unabdingbar. Frau Görs gibt einen Hinweis um Beachtung der Lärmschutzproblematik.

Auf Verweis von Frau North bzgl. einer Bespielmöglichkeit der Bühne in der Stralsunder Straße erklärt Herr Schaaf, dass die Bühne für eine künstlerische Umsetzung zu klein ist und nicht in das Grundkonzept des Theaters passt. In

Bezug auf Auswirkungen auf den Klimaschutz (mit „Nein“ in der Vorlage vermerkt) sollte die Umsetzung der Sanierung so klimafreundlich, wie möglich, gestaltet werden.

Herr Krüger schlägt aufgrund der vielen Unwägbarkeiten eine Verschiebung in den nächsten Gremienlauf vor. Er möchte ein Gesamtkonzept mit allen Kostengruppen zur Entscheidung vorgelegt bekommen. Auf die Frage nach öffentlicher Zugänglichkeit der Kantine erklärt Frau Baas, dass dies aus förderrechtlicher Sicht nicht möglich ist (Einnahmeerzielungsabsicht durch Öffnung nach außen steht Förderrecht mit Städtebaufördermitteln entgegen- „Wettbewerbsverzerrung“). Herr Kremer sieht bei einer Verschiebung den Sanierungsbeginn für 2022 in Gefahr. Er schlägt vor, mit der in Aussicht gestellten Förderung von 50 % in die Haushaltsgespräche zu gehen.

Herr Krüger ruft zu einem Beschluss aller Fraktionen zur Bürgerschaftssitzung auf, an das Land zu appellieren, das Theater Greifswald genauso gleichzustellen, wie Mecklenburg. Des Weiteren stellt Herr Krüger den Antrag, im ersten Absatz das letzte Wort „wird“ durch „werden kann“ zu ersetzen:

„Die Bürgerschaft beschließt, das Konzept zur Sanierung des Theaters dahingehend zu ändern, dass der aus dem Jahr 1954 stammende Anbau durch einen Neubau ersetzt ~~wird~~ werden kann.“

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

Auf Nachfrage, warum keine energetische Sanierung des Hauptgebäudes geplant ist, informiert Herr Manske, dass dies u. a. auch mit dem Denkmalschutz zusammenhängt und sich deshalb schwierig gestaltet, aber durchaus eine Energieeffizienz in der Nachhaltigkeit enthalten ist.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	0	1

8.3 Änderung des Beschlusses zum Verkauf von Wohnbauflächen im B-Plan Nr. 13 - Am Eisenpark

BV-V/07/0271

Herr Kremer erklärt, dass zum bereits gefassten Beschluss der Bürgerschaft vom Dezember 2019 Änderungen hinsichtlich der Kaufpreisgestaltung, bei der Vergabe der Grundstücke und der Benennung des Zeitraumes der Realisierung der Vermarktung notwendig sind.

Für Frau Socher ist nicht nachvollziehbar, wie der Gutachterausschuss auf diese Preise kommt. Auch für Herrn Dr. Kerath ist der Preis überraschend; er kündigt einen Änderungsvorschlag für die Bürgerschaft an, in dem beantragt wird, die

Parzellen 1 und 2 als Sacheinlage in die WVG einzubringen, um damit den sozialen Wohnungsbau in dieser Gegend vorzuhalten.

Frau Teetz gibt den Hinweis, zu prüfen, ob eine Sacheinlage als Beihilfe zu bewerten wäre.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	1	5

Herr Krauel hat die Sitzung verlassen.

8.4 Preisnachlässe für Familien im B-Plan 13

BV-P/07/0185

Herr Rappen bringt die Vorlage ein. Es ist beabsichtigt, junge Familien zu fördern.

Herr Kremer gibt den Hinweis, eine Flächenbegrenzung vorzugeben und die Definition „junge Familien“ näher zu erläutern. Des Weiteren informiert er, dass das Innenministerium derzeit die Richtlinie zum Durchführungserlass überarbeitet. Ein Entwurf zur Stellungnahme liegt der Stadt bereits vor. Es ist vorgesehen, z. B. die Erbbauzinsen bei Wohnbebauung auf 2 bis 3 % zu reduzieren. Im Erbbaurecht werden grundlegende Änderungen erwartet.

Herr Krüger unterbreitet den Vorschlag, den seine Fraktion einbringen wird:

- jungen Familien sollen die Grundstücke grundsätzlich zu 50 % in Erbbaupacht vergeben werden,
- der Erbbaupachtzins soll der derzeitigen Zinsmarktlage von 1 % angepasst werden.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	10	1

8.5 Pilotprojekt WVG mbH: Schaffung von Unterstellplätzen für Lastenräder, Fahrradanhänger und E-Scooter

BV-P/07/0194

Durch Einwirkung der Stadt auf die WVG soll die WVG ein Pilotprojekt zur Einrichtung von Unterstellmöglichkeiten für Lastenfahrräder, Fahrradanhänger und E-Scooter im Neubaugebiet Ernst-Thälmann-Ring 44 - 47 initiieren. Bei einem positiven Verlauf des Pilotprojektes sollen Unterstellmöglichkeiten auch an schon bestehenden Wohngebäuden erweitert bzw. an allen zukünftigen Neubauprojekten übertragen werden.

Herr Rappen und Herr Jaap geben zu bedenken, dass die Entscheidung zu diesem Thema die WVG selber über ihren Aufsichtsrat treffen sollte.

Herr Krüger informiert, dass diese Vorlage mit dem Geschäftsführer, Herrn Adomeit, besprochen wurde und die Gesellschaft sich so ein Pilotprojekt grundsätzlich vorstellen könnte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	4	1

8.6 Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems (Fortsetzung)

IV/07/0024-01

Herr Krüger merkt kritisch an, dass der Grundsatzbeschluss zur Schaffung von Parkplätzen vor der Kita OT Riems 2017 beschlossen wurde und jetzt erst die Informationen dazu kommen. Die Abstimmungsprozesse laufen zu lange.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

8.7 Grundsatzbeschluss zur Gewinnung von Wohnbauflächen - Umverlagerung und Neubau Bauhof

BV-V/07/0274-01

Herr Kremer bringt die Vorlage ein und erläutert die Vorteile der Verlagerung und Zusammenführung der beiden Bauhofstandorte sowie die gesamtstädtischen Entwicklungsmöglichkeiten an den bisherigen Standorten Gützkower Landstraße und Mendelejewweg.

Herr Krüger möchte wissen, ob die Stadt Gespräche mit der Getreide AG zu deren zukünftigen Nutzung des Standortes durchgeführt hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

8.8 Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für die Ausschreibung von Planungsleistungen zum Schulzentrum Ellernholzteich

BV-V/07/0275

Herr Manske erklärt, dass für die Ausschreibung der Planungsleistungen zum Schulzentrum

Ellernholzteich auf eine Verpflichtungsermächtigung, die seinerzeit für die Sanierung des Humboldtgymnasiums eingestellt wurde und jetzt dort nicht benötigt wird, zugegriffen werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

8.9 Einführung einer „Coronataste“ beim Parken in Greifswald **BV-P-ö/07/0002**

Die Vorlage wird von Herrn Noack eingebracht. Durch einfache Lösungen sollen für den Einzelhandel und die Gastronomie Erleichterungen geschaffen werden. In Gesprächen mit den Innenstadthändlern ist immer Parken ein großes Thema.

Frau Görs plädiert für eine Weiterreichung der Vorlage an die GPG mit der Bitte um Stellungnahme zur Machbarkeit. Auch werden Bedenken einer Erhöhung des Park-Such-Verkehrs geäußert.

Frau Teetz verweist zu Punkt 3 auf einen möglichen Beihilfetatbestand, da es in der Vorlage um alle öffentlichen Parkplätze der Stadt geht und es in Greifswald Wettbewerber gibt. Außerdem gibt sie zu bedenken, dass von der Umsetzung alle Parkscheinautomaten der Stadt betroffen wären. Herr Dr. Kerath unterstützt die Aussage des Beihilfetatbestandes und bittet um Prüfung bis zur Bürgerschaftssitzung. Des Weiteren kritisiert er das Fehlen der Deckungsquelle.

Herr Jaap spricht sich für die Herausnahme des 3. Punktes aus und fragt nach der praktischen Umsetzung an den Parkscheinautomaten.

Herr Krüger sieht für die Einführung der „Coronataste“ keinen Mehrwert für die Innenstadt.

Von Herrn Wulff wird der Vorschlag unterbreitet, das Ganze als Pilotprojekt für ein Jahr zu sehen.

Der Änderungsantrag zur Herausnahme des Punktes 3 wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 9 Stimmenthaltungen

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	7	1

8.10 Richtlinie zur Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb oder Bau von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken **BV-P-ö/07/0003**

Herr Dr. Kerath bringt die Vorlage ein. Es soll eine grundsätzliche Regelung für alle Wohngebiete durchgeführt werden. Des Weiteren sollen keine reinen Mitnahmeeffekte erfolgen. Fördergrundlage bildet eine Einkommensgrenze; wer darüber hinaus mehr Geld zur Verfügung hat, benötigt keine Förderung und kann es mit eigenen Mitteln schaffen.

Die Nachfrage von Frau Baas zur Höhe des finanziellen Rahmens wird von Herrn Rappen bei 100 Immobilienverkäufen/Jahr mit 1,0 - 1,5 Mio. EUR/Jahr geschätzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	6	4

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

10 Ende der Sitzung

Die Sitzung wird um 20:39 Uhr beendet.

Vorsitz:

Protokollant/in:

David Wulff

Birgit Rosolski